

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post  
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Inserationspreis  
10 Pf. pro dreispaltene  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. K. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 78.

Freitag, den 28. September

1894.

### Holzversteigerung auf Spechtshausener Staatsforstrevier.

Im Gasthose zu Spechtshausen sollen

Dienstag, den 9. Oktober 1894, von Vormittags 9 Uhr an

folgende Holz- und Brennholz, als:

1121 weiche Stämme, 3 birkne und 187 weiche Klöcher, 71 Hdt. sichte Weinspähle, 2 Km. sichte Nulhscheite,  
52 Km. weiche Brennweite, 324,6 Km. weiche Brennknüppel und 187,8 Km. weiche Aeste

versteigert werden. Näheres enthalten die bei den Ortsbehörden und in den Schanzstätten der umliegenden Orte aushängenden Plakate.

Königl. Forstrevierverwaltung Spechtshausen und Königl. Forstrentamt Charandt,

am 26. September 1894.

Stemming.

Wolfframm.

#### Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Die in voriger Woche zu Braunschweig stattgefundene Versammlung von Vertretern einer Anzahl deutscher Handelskammern, welche sich mit Erörterung geeigneter Maßnahmen gegen den unreellen Geschäftsbetrieb befaßte, hat erneut die Aufmerksamkeit auf diese für weite Bevölkerungskreise wichtige Frage gelenkt. Denn auf dem so großen Felde des geschäftlichen Wettbewerbes haben sich nach und nach bei uns in Deutschland, dann wohl aber auch in anderen Ländern, eine ganze Reihe von Uebelständen herausgebildet, welche in erster Linie die solide Geschäftswelt, schließlich jedoch auch das konsumierende Publikum mehr oder weniger schädigen. Es muß darum jeder Schritt, der sich gegen ein derartiges illoyales Verhalten wendet, mit Genugthuung begrüßt werden, und deshalb kann man auch die erwähnte Braunschweiger Versammlung nur mit Befriedigung verzeichnen. Denn verschiedene der von ihr gefaßten Beschlüsse erscheinen wohl geeignet, als eine brauchbare Unterlage für ein späteres gesetzgeberisches Vorgehen zur Eindämmung der unreellen Geschäftskonkurrenz zu dienen. Dies gilt hauptsächlich von den Vorschlägen, welche sich gegen die vielfach beliebte Verschleierung der Qualität, des Preises und der Herkunft einer Waare wenden. Mit Recht war da die Veranlassung der Ansicht, daß diesen so ungemein häufig anzutreffenden unlauteren Geschäftspraktiken nicht allein durch Schadloshaltung des getäuschten Käufers entgegenzutreten werden müsse, sondern auch durch eine entsprechende Geld- und selbst Gefängnisstrafe des unreellen Verkäufers. Letztere Strafen sollen speziell in Fällen eintreten, in denen nachweislich zur bewußten Täuschung des Publikums, um dasselbe zum Kauf anzulocken, falsche Angaben über Ursprung und Erwerb, über besondere Eigenschaften und Güte von Waaren, über die Menge der angebotenen Vorräthe, über den Anlaß zum Verkauf oder über die Preisbemessung gemacht worden sind. Weiter vertrat die Versammlung in ihren Beschlüssen die Anschauung, daß durch ein gesetzgeberisches Vorgehen in der gedachten Richtung mit Leichtigkeit anderen Schwindelmandern, wie den Schein- und Schwindelverkäufers, Schwindelconcurrenzen, Wandschlagern, Schwindelhaften Reklamen u. s. w. ein Riegel vorgeschoben werden könne, ohne daß es zur Bekämpfung auch solcher Mißstände noch besonderer gesetzgeberischer Schritte bedürfe.

Im Großen und Ganzen treffen die bezüglichen Vorschläge der Braunschweiger Versammlung zweifellos das Richtige, wenn sie eine energische Bestrafung der gedachten Manipulationen im unlauteren Wettbewerb verlangen und man kann wirklich nur wünschen, daß diese gegebenen Anregungen an zuständiger Stelle Beachtung finden mögen. Dagegen können jene weiteren Beschlüsse, in denen sich die Versammlung grundsätzlich für die civil- und strafrechtliche Verfolgung des Verrathes von Fälschungs- und Betrübsgeheimnissen erklärt, schwerlich als zur Umsehung in die Praxis geeignet bezeichnet werden. Denn eine hinreichende Definition dessen, was eigentlich als ein Geschäfts- und Fälschungsgeheimniß anzusehen sei, hat hierbei nicht erbracht werden können, wenigstens nicht so präcis und erschöpfend, daß sie eine Grundlage für ein gesetzgeberisches Einschreiten abgeben könnte. Auch die von der Braunschweiger Versammlung ferner beschlossenen Resolutionen gegen diejenigen Pläster, welche dem Börsenschwindel anscheinend Vorschub leisten, trafen an einem Uebelstande, an dem, daß sie keinerlei Grenzlinie zwischen der pflichtgemäßen sachlichen Beurtheilung von Börsengeschäften und der böswilligen Börsenreklame durch die Presse ziehen. Wenn es die Versammlung schließlich vermieden hat, bestimmte Beschlüsse auch hinsichtlich des Bauschwindels

und der Konkurrenz der Consumvereine zu fassen, so ist diese Beschränkung vollständig zu billigen, denn letztere Fragen sind eigentlich nicht mehr unter dem Gesichtspunkte des unlauteren Wettbewerbes zu betrachten. Immerhin darf man aber von den Braunschweiger Beratungen und Beschlüssen hoffen, daß sie mit dazu beitragen werden, der eingeleiteten Agitation gegen die unreedliche Geschäftskonkurrenz verstärkten Nachdruck zu verleihen. Es wäre schon viel erreicht, wenn sie endlich zur Beseitigung wenigstens einiger der Krebsgeschäden auf diesem Gebiete durch ein gesetzliches Eingreifen führte und hoffentlich bringt eine der nächsten Reichstagsessionen ein dahin zielendes brauchbares Gesetz.

#### Tagesgeschichte.

Eine bedeutungsvolle Ansprache des Kaisers in Beantwortung der Begrüßungsrede des ersten Bürgermeisters von Thorn lautet wie folgt: Mit Vergnügen nehme ich von der Versicherung Kenntniß, daß die Stadt Thorn auch fernerhin treu zu mir halten wird. Die Geschichte Thorns ist mir von jeher eine der interessantesten der Monarchie gewesen. Die Bewahrung des Deutschtums betreffend, weiß ich, daß Thorn nicht hinter Marienburg zurücksteht und freue mich, feststellen zu können, daß die Stadt trotz der erlebten vielen Wechselfälle ihr Deutschtum bewahrt. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hier selbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf meine Gnade und Theilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als preussische Unterthanen fühlen. Ich hoffe, daß die Thorer polnischen Mitbürger sich entsprechend dem, was ich in Königsberg gesagt, verhalten werden; denn nur dann, wenn wir alle, Mann an Mann, geschlossen wie eine Phalanx zusammenstehen, ist es möglich, den Kampf mit dem Umsturze feigreich zu Ende zu führen. Daß die Thorer in dieser Beziehung mit gutem Beispiele vorangehen, wünsche ich von Herzen.

Der Reichskanzler Graf Caprivi ist von seinem Curaufenthalte in Karlsbad am Dienstag Abend wieder in Berlin eingetroffen. Die Cur in Karlsbad ist dem Kanzler auch diesmal wieder ausgezeichnet bekommen und erfreut er sich eines frischen und gesunden Aussehens, trotzdem gedenkt er noch einige Tage auf dem Bunde zu verbringen und erst in kommenden Woche die persönliche Leitung seiner Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Jedenfalls steht aber zu erwarten, daß mit der Rückkehr des leitenden Staatsmannes des Reiches aus seinem Sommerurlaube nunmehr die Entscheidung in so manchen schwebenden Fragen der inneren Politik herannahen wird. Ob diese Entscheidung hier und da den Charakter einer Crisis annehmen und wohl gar Personalveränderungen in hohen Aemtern veranlassen wird, wie man in manchen Kreisen vermuthet, das muß freilich noch dahingestellt bleiben.

Das preussische Staatsministerium hielt am Dienstag eine Sitzung unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg ab, in welcher die Frage einer Novelle zum Vereins- und Versammlungsgesetz zur Erörterung gelangt sein soll.

Von angeblich zuverlässiger Seite wird dem „Berliner Börsen-Courier“ berichtet: Der neue Entwurf eines Gesetzes über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens ist im preussischen Staatsministerium festgestellt worden. Der Verfasser, Minister von Berlepsch, hat sich ansehnend für einen bestimmten Zwangszwang gewinnen lassen. Alle Handwerker, welche mindestens eine fremde Arbeitskraft, Beherling oder Gesellen, beschäftigen, sollen zum Eintritt in die Innung gezwungen werden. Soweit das Innungsstatut eine

Meisterprüfung zur Voraussetzung der Mitgliedschaft hat, soll für den Fall des erzwungenen Beitritts aller bereits selbstständigen Meister die Prüfung aufgehoben sein. Die Fachgenossenschaften des vorjährigen Entwurfs könnten jetzt natürlich ausgegeben werden. Dem Vernehmen nach hat aber Minister von Berlepsch keineswegs ungetheilte Zustimmung im Staatsministerium gefunden. Man spricht von einem und dem anderen Separatvotum gegen den Entwurf. Wenn derselbe an den Bundesrath gelangt, ist noch unsicher.

Der Eisenacher Parteitag der freisinnigen Volkspartei hat den ihm zur Entscheidung vorgelegten Entwurf des neuen Parteiprogramms im Ganzen einstimmig und fast unverändert angenommen; die vorgenommenen Abänderungen sind eigentlich nur redaktioneller Natur. Mit diesen Beschlüssen des Eisenacher Parteitages kann Herr Eugen Richter einen neuen und äußerlich bedeutenden Erfolg verzeichnen, den aber der freisinnige Parteichef freilich nur durch die Drohung zu erreichen vermochte, er würde mit seinen näheren Anhängern aus der Partei auscheiden, falls der Parteitag den vorgelegten Programmentwurf nicht in allen Stücken gut heiße. Wenn Herr Richter nur noch mit solchen Gewaltmitteln die freisinnige Volkspartei zusammenzubehalten vermag, dann dürfte es mit deren Zukunft schwerlich sehr günstig bestellt sein.

Zur Untersuchung gegen den Kanalar Leist wegen der bekannten Vorfälle in Kamerun wird jetzt gemeldet, daß nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung sein Verhalten keineswegs tadellos gewesen sei, daß aber andererseits viele Beschuldigungen gegen Leist stark übertrieben worden seien. Inzwischen wird noch hinzugefügt, daß von einer dienstlichen Wiederbenutzung desselben keine Rede sein könne, es müssen also doch bedenkliche Sachen für Herrn Leist vorliegen.

Auch in Frankreich zeigen sich die Vorboten der heran nahenden Winteression des Parlaments. Pariser Meldungen kündigen die Vertheilung des neuen Budgetvoranschlages für nächste Zeit an, wobei bereits ein Defizit von 25 Millionen Franc. infolge neuer Ausgaben signalisiert wird. Zur Deckung desselben soll hauptsächlich die geplante neue Erbschaftsteuer dienen und wird die Veröffentlichung der betreffenden Vorlage ebenfalls für nächste Zeit angekündigt.

Ueber das diesjährige Erntergebnis in Rußland bringt der „Reichsanzeiger“ aus einzelnen Gouvernements eine Reihe von Berichten denen wir folgendes entnehmen: In Posen und Kurland waren Roggen und Weizen, welche sich stellenweise gelegt hatten, zum größten Theil eingebracht worden; die Verwendbarkeit des neuen Getreides ist jedoch in Folge ungünstiger Witterungsverhältnisse sehr beeinträchtigt worden. In Estland erwartete man vom Weizen, Hafer und Gerste eine gute und vom Roggen eine Mittelernte. Im Königreich Polen war die Witterung während des Monats August für den normalen Verlauf der Ernte günstig. Die Roggenernte ist fast überall gut, die Weizenernte befriedigend ausgefallen. Auch Hafer und Gerste haben ein befriedigendes Ergebnis geliefert. Auch in den Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno ist die Ernte gut eingebracht worden, nur Hafer und Spätergerste hatten noch unter der regnerischen Witterung zu leiden. Das Ergebnis von Roggen und Weizen wird im allgemeinen als Mittelernte bezeichnet. Ebenso konnte in dem ganzen Südwestgebiet sowohl das Winter- wie das Sommergetreide bei günstiger Witterung eingebracht werden, und die bisher vorliegenden Nachrichten stellen das Ergebnis als das einer Mittelernte dar. In Folge des nassen Wetters im Juni und der ersten Hälfte des Juli haben die Hopfenpflanzungen in Wolhynien stark gelitten, so daß nur eine sehr schwache Mittelernte zu erwarten ist.

In den Operationen auf dem ostasiatischen Krieges-